

Nachhaltig gescheitert: Landkauf als Entwicklungsmodell

NGOs problematisieren Landgrabbing beim Weltagrarforum 2022

Josephine Koch

Das vom deutschen Landwirtschaftsministerium ausgerichtete Weltagrarforum, das Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) mit fast 70 Länderdelegationen, drehte sich dieses Jahr um das Thema nachhaltige Landnutzung. Im Rahmen des GFFA organisierte das Forum Umwelt & Entwicklung zusammen mit dem INKOTA-netzwerk, Brot für die Welt, MISEREOR und FIAN eine Diskussionsveranstaltung über massive Landkäufe und ihre Auswirkungen auf Landrechte, Böden und Ernährungssouveränität. Spoiler: Es sind keine guten.

Eine große Bandbreite nationaler Regierungen, Entwicklungsbanken und Agrarkonzernen propagieren den Kauf großer Flächen an Land als Entwicklungsmodell für globale Ernährungssicherheit. Es ließe sich im Grunde auf die simple Formel „je größer, desto besser“ reduzieren, so der UN-Sonderbeauftragte für das Recht auf Nahrung Michael Fakhri in seiner Videomessage bei dem von mehr als 145 Teilnehmer*innen aus 20 Ländern verfolgten Online-Event der NGOs.¹

Nachhaltige Entwicklung durch Finanzialisierung von Land?

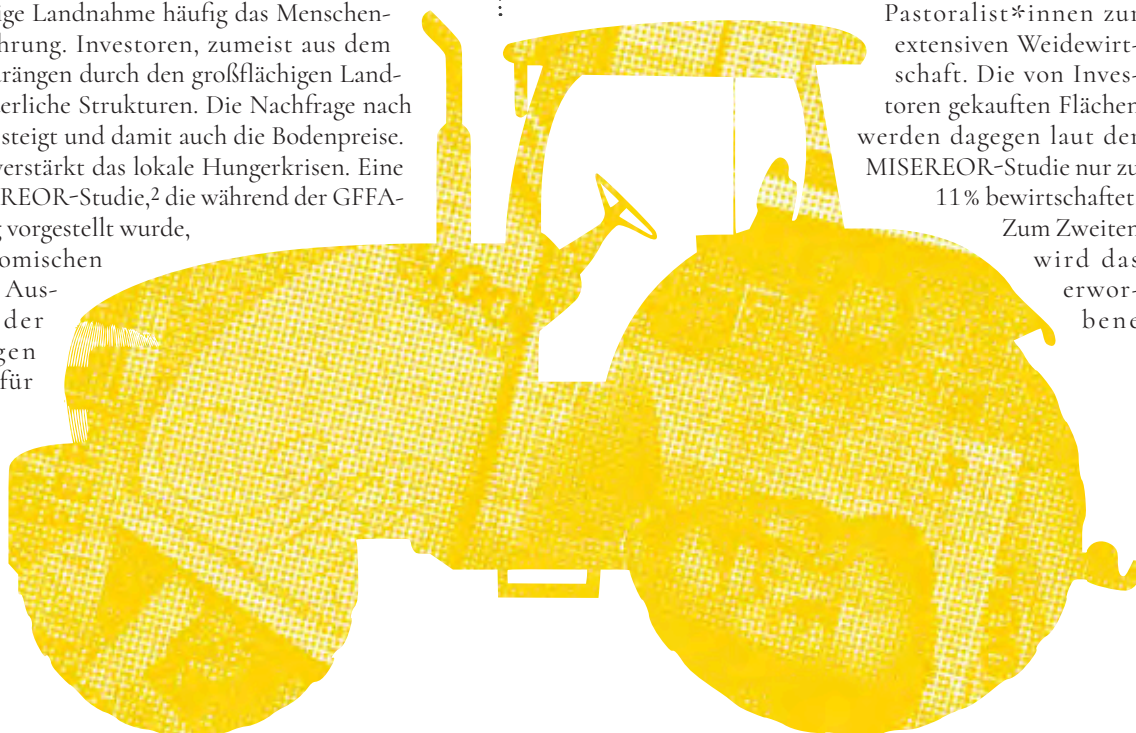
Regierungen vor allem im Globalen Süden versprechen sich vom Landverkauf eine Modernisierung ihres Agrarsektors. Die Hoffnung besteht darin, dass auf eine effiziente Bewirtschaftung möglichst großer Flächen Land automatisch eine Steigerung der Ernteerträge folgt. Tatsächlich verletzt die großflächige Landnahme häufig das Menschenrecht auf Nahrung. Investoren, zumeist aus dem Ausland, verdrängen durch den großflächigen Landkauf kleinbäuerliche Strukturen. Die Nachfrage nach Ackerflächen steigt und damit auch die Bodenpreise. Nicht selten verstärkt das lokale Hungerkrisen. Eine aktuelle MISEREOR-Studie,² die während der GFFA-Veranstaltung vorgestellt wurde, hat die ökonomischen und sozialen Auswirkungen der großflächigen Landnahme für

die Landwirtschaft in Subsahara-Afrika untersucht. Sie zeigt klar, dass die landwirtschaftliche Nahrungsmittelproduktion durch den Aufkauf von Land nicht gestiegen ist.

Warum am Ende nicht mehr auf dem Teller liegt

Zum einen liegt das gekaufte Land oft einfach brach. Die Gründe dafür sind vielfältig: Landspekulation, Grenzstreitigkeiten, Ungewissheit über die Nutzungsdauer, Informationsmangel über das Produktionspotenzial, Kapitalbeschränkungen durch Investoren oder Probleme bei der Einfuhr von Betriebsmitteln. Indes wird das Land, das nicht an Investoren vergeben wurde, – entgegen der gängigen Auffassung, es gäbe zu viel ungenutztes oder ineffizient genutztes Ackerland in Afrika – mehrheitlich landwirtschaftlich bearbeitet und zwar von kleinbäuerlichen Erzeuger*innen oder Pastoralist*innen zur extensiven Weidewirtschaft. Die von Investoren gekauften Flächen werden dagegen laut der MISEREOR-Studie nur zu 11% bewirtschaftet.

Zum Zweiten wird das erworbene



großflächige Land meist gar nicht für die lokale Nahrungsmittelproduktion genutzt, sondern für den Export von Agrargütern, die nicht für die Ernährung bestimmt sind. Drittens nutzen Investoren die erworbenen Flächen zwar manchmal für die Lebensmittelproduktion, setzen dabei aber hohe Mengen an externen Betriebsmitteln wie chemische Düngemittel und Pestizide ein, die die Umwelt stark belasten und trotzdem keine höheren Flächenerträge als die kleinbäuerlichen Betriebe erzielen. An die großflächige Agrarindustrie vergebene Ackerland geht also der Nahrungsmittelproduktion meist verloren.

Aber auch die Beschäftigungsrate in der Agrarindustrie ist in der Bilanz eher negativ. Großflächige landwirtschaftliche Betriebe brauchen oft billige saisonale Arbeitskräfte und schaffen nur wenige permanente, gut bezahlte Arbeitsplätze. Vertreter*innen aus Mosambik und Brasilien, die Teil des NGO-Panels waren, bestätigten nicht nur das zunehmende Landgrabbing, sondern auch die damit verbundenen negativen Auswirkungen in ihren Regionen. Das Beispiel Brasilien zeigt, wie der Kreislauf der Verwüstung durch Pestizide infolge staatlicher und internationaler Investitionen in das großflächige Landgrabbing gefördert wird. Auch die Landenteignung in Mosambik für Exportgüter verdeutlicht, wie wenig dieses Modell für die lokale Ernährungssicherung taugt.

Fünf Forderungen an die Länderdelegationen

Im Vorfeld des GFFA haben die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft AbL, Brot für die Welt, FIAN und INKOTA in einem Appell an die Agrarminister*innen des GFFA deutlich gemacht, dass Bäuerinnen und Bauern weltweit vom GFFA neue, entschiedene Initiativen gegen den vermehrten Aufkauf von Ackerland durch Finanzinvestoren für die Nutzung nachwachsender Rohstoffe und industrielle Zwecke erwarten.³ Im Wesentlichen formulieren sie fünf Forderungen:

1. die konsequente Umsetzung der vor 10 Jahren im UN-Welternährungsausschuss (CFS) erarbeiteten *Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern* (VGGT) – insbesondere eine Landpolitik, die auch marginalisierten Gruppen zugutekommt und ihren finanziellen Benachteiligungen entgegentritt;

2. eine nationale und multilaterale Strategie zur Umsetzung der UN-Erklärung über die Rechte der Bauern (UNDROP) und des Rechts auf Land;
3. den Stopp der Finanzialisierung von Land durch Aktienfonds und Rentenkassen;
4. das Stärkmachen für eine globale Landreform und zu definierende Landbesitzobergrenzen;
5. und die Anerkennung des Zusammenhangs zwischen Landgrabbing, Landvertreibung, industrieller Landwirtschaft, Artensterben und Klimawandel sowie der Einsatz für eine agrarökologische Landwende.

Nur vage Bekenntnisse

In ihrem Abschlusskommuniqué einigten sich die Landwirtschaftsminister*innen des GFFA darauf, durch den Schutz landwirtschaftlicher Böden zu Klima- und Artenschutz beizutragen und agrarökologische neben anderen Ansätzen zu unterstützen.⁴ Konkrete Zielvorgaben oder gar eine Verpflichtung zur Umsetzung bestimmter Maßnahmen blieben aus. Das Thema Landinvestitionen selbst fand zwar auch Eingang in das Kommuniqué, betont wurde allerdings nur, dass der gesicherte Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen große Bedeutung für die Ernährungssicherheit und den Schutz der Ökosysteme habe und die Umsetzung der VGGT „unterstützt“ werden würde. Was daraus konkret folgen muss, lässt das Papier offen. Immerhin ist man „besorgt“ über die zunehmende Landkonzentration und verurteilt Menschenrechtsverletzungen durch Landerwerb. Man werde überdies sicherstellen, dass Landwirt*innen im Hinblick auf Agrarland „angemessener Vorrang“ gewährt wird. Das ist enttäuschend vage. Auf einen echten Durchbruch in der Landfrage wird also auch weiterhin zu warten sein.

1 Zur aufgezeichneten Veranstaltung: https://www.gffa-berlin.de/fachpodien_2022/forumue/.

2 https://www.misereor.org/fileadmin/user_upload_misereororg/publication/en/foodsecurity/study-LSLA.pdf.

3 Siehe <https://www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/2022-das-land-denen-die-es-bearbeiten/>.

4 Deutsche Version des Abschlusskommuniqué: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/publikationen/gffa-kommuniqu%C3%A9-2022-deutsch--2002122>.



Josephine Koch ist Referentin für Ressourcenpolitik beim Forum Umwelt & Entwicklung und arbeitet daneben zu landwirtschaftlichen Themen.

Bild © Stephanie von Becker

Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>